

MARIO KESSLER

Die KPD und der Antisemitismus in der Weimarer Republik

Der Kaiser ging, die Generale blieben, heißt ein bekannter Roman von Theodor Plivier, der damit ein Grundproblem der Weimarer Republik beschrieb. Nicht nur viele Generale, die das vierjährige Massenmorden des Weltkrieges mit zu verantworten hatten, behielten nach der steckengebliebenen bürgerlichen Revolution von 1918 ihre Posten und Privilegien. Auch Industrie- und Agrarkapitalisten, Kirchen- wie Kathederfürsten konnten die Verantwortung für den Krieg mitsamt der Niederlage von sich abwälzen. Damit blieben auch chauvinistischer Dünkel und der irrationale Glaube an die Höherwertigkeit des Deutschtums als politische Faktoren auf dem Marktplatz der Ideen hoch im Kurs.

Der politische Antisemitismus, eine Begleit- aber keineswegs nur Randerscheinung der nationalistischen Propaganda, erreichte am Beginn der ungeliebten Republik von Weimar eine neue, fragwürdige Blüte. Die herrschende Propaganda, so der Historiker Walter Grab, »behauptete, daß Marxisten und Juden den Sieg des tapferen deutschen Soldaten durch einen feigen Dolchstoß in den Rücken vereitelt hätten. Diese Legende, die die Verantwortung von den wahren Urhebern der nationalen Katastrophe auf Demokraten und Sozialisten abwälzte, verschmolz mit der Propagandakampagne gegen die sogenannte Kriegsschuldflüge. Das Märchen von der Einkreisung Deutschlands durch böse Feinde, die dem eigenen Heldenvolk seinen rechtmäßigen Platz an der Sonne mißgönnt und geraubt hätten, wurde in den Massenmedien, in zahllosen Versammlungen und offiziellen Veranstaltungen immer wieder eingehämmert und von breiten Kreisen geglaubt.«¹

In der Novemberrevolution vermochte es die deutsche Arbeiterbewegung nicht, die herrschenden Klassen, die für diese Art der Propaganda verantwortlich zeichneten, aus ihren Machtstellungen zu verdrängen und eine umfassende Demokratisierung einzuleiten. Vielmehr nahm die vor 1914 sich abzeichnende und im Weltkrieg manifest gewordene Spaltung zwischen revolutionärer und gemäßigt-reformerischer Arbeiterbewegung die Form eines tiefen und letztlich unüberbrückbaren Gegensatzes an. Als mächtige linke Flügelpartei des politischen Spektrums der Weimarer Republik etablierte sich die KPD. Von einer kleinen, alsbald verfolgten kleinen Gruppe, dem Spartakusbund, wurde sie zur drittstärksten politischen Kraft, der am Ende der Republik beinahe jeder sechste Wähler in Reichstagswahlen die Stimme gab.

Da die KPD aus der Vorkriegssozialdemokratie hervorging, die sich als entschiedene Gegnerin des Antisemitismus ausgezeichnet

Mario Kessler – Jg. 1955; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung und Privatdozent an der Universität Potsdam. Jüngste Buchveröffentlichungen: Exilerfahrung in Wissenschaft und Politik. Remigrierte Historiker in der frühen DDR (2001); Exil und Nach-Exil. Vertriebene Intellektuelle im 20. Jahrhundert (2002); Arthur Rosenberg. Ein Historiker im Zeitalter der Katastrophen (1889-1943) (2003); Ein Funken Hoffnung (Hamburg 2004); Ein dritter Weg als humane Möglichkeit (Berlin 2004); zuletzt in UTOPIE kreativ: Jürgen Kuczynski – ein linientreuer Dissident? Heft 171 (Januar 2005), S. 42-49.

1 Walter Grab: Gefahren des deutschen Nationalismus, in: Europäische Ideen, Heft 82, 1992, S. 23.

hatte, und da die Rechtspropaganda die Schimäre vom *jüdischen Bolschewismus* als bössartige Kampfparole gebrauchte, ist die Einstellung der KPD zum Antisemitismus allein aus diesen Gründen von Interesse. Hinzu kam, daß einige ihrer maßgeblichen Politiker, darunter die Parteigründer Rosa Luxemburg und Paul Levi, Juden waren und als solche ebenso wie wegen ihrer politischen Einstellung zu Haßobjekten für die reaktionäre Rechte wurden. Antisemitismus und Antikommunismus waren die Verbindungsglieder zwischen der geschlagenen monarchistischen Reaktion und der neuen völkischen, alsbald nazistischen Rechten. »Im Mord an Rosa Luxemburg«, schrieb Isaac Deutscher, »feierte Hohenzollern-Deutschland seinen letzten, Nazi-Deutschland hingegen seinen ersten Triumph.«² Wie reagierte die KPD auf den Antisemitismus, worin sah sie dessen Ursachen, welche Angebote zur Integration unterbreitete sie ihren jüdischen Mitgliedern? Der folgende Überblick sucht diese drei, miteinander zusammenhängenden Fragen zu beleuchten.

2 Isaac Deutscher: Die ungelöste Judenfrage. Zur Dialektik von Antisemitismus und Zionismus, Berlin 1977, S. 13.

I.

Gegen den Rat Paul Levis und Rosa Luxemburgs boykottierte die soeben gegründete KPD die Wahlen zur Nationalversammlung im Januar 1919. Sie attackierte die im August jenes Jahres verabschiedete Verfassung als Instrument bürgerlicher Klassenherrschaft und setzte dem die Losung eines Rätedeutschland entgegen. Doch verteidigten die deutschen Kommunisten das in der Verfassung fixierte Prinzip der Rechtsgleichheit, das die (ursprünglich konfessionelle) Benachteiligung der Juden aus der Zeit des Kaiserreiches aufhob. Diese Haltung, aber weit mehr noch der revolutionäre Radikalismus der Partei in einer Zeit, die dem Kapitalismus das Totenglöckchen zu läuten schien, führte in den Jahren 1918 bis 1920 zu einem Zustrom vor allem junger, akademisch gebildeter Juden in die Partei oder zumindest zur Annäherung an diese. So wurden damals Ernst Bloch und Georg Lukács, Egon Erwin Kisch und Arthur Hollitscher, Felix Boehnigk und Arthur Rosenberg, Felix Halle und Iwan Katz, Werner Scholem und Fritz Wolffheim, Josef Winternitz und Werner Hirsch, Edda Tennenbaum, Rosi Wolfstein und Ruth Fischer oder ihre beiden Brüder Hanns und Gerhart Eisler für die Sache der Partei gewonnen. Fast alle der Genannten machten sich bald als Politiker oder Theoretiker der KPD bemerkbar. Ihre Altersgenossen Paul Levi und August Thalheimer waren schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Sozialdemokratie aktiv gewesen, lassen sich aber »habituell« dieser Gruppe zuordnen.

Natürlich war dies keine *differentia specifica* von Juden: Nicht-jüdische Linke wie Karl August Wittfogel, Paul Massing oder Karl Korsch gehören ebenfalls hierher. Aber die Hoffnung, die bolschewistische Revolution werde den Antisemitismus ein für allemal beseitigen, die starke Präsenz jüdischer Intellektueller in Politik und Kultur des frühen Sowjetrußland, vor allem aber die neuartige Qualität des deutschen wie des russischen Judenhasses sorgten unter jüdischen Deutschen für einen deutlichen Ruck nach links. Das sichtbare Bindeglied zwischen deutschen und russischen Antisemiten waren die *Protokolle der Weisen von Zion*, die ab 1919 in deutscher Übersetzung vieltausendfach verbreitet wurden.³

3 Vgl. zu ihrer Entstehungs- und Verbreitungsgeschichte Stephen Eric Bronner: Ein Gerücht über die Juden. Die »Protokolle der Weisen von Zion« und der alltägliche Antisemitismus, Berlin 1999.

Dieser Linksruck kam zunächst vor allem der SPD und der USPD zugute, doch auch bislang konservativ oder scheinbar unpolitisch eingestellte Juden bekannten sich nun zur Weimarer Republik, zumeist zur Deutschen Demokratischen Partei, die einen nennenswerten Anteil jüdischer Wählerstimmen aufwies. Die KPD führte, ebensowenig wie andere Parteien, eine Statistik ihrer jüdischen Mitglieder. Eine gut vierzig Jahre später entstandene Arbeit wollte für das Jahr 1927 unter 143 000 Parteimitgliedern etwa 1 000 solcher jüdischer Herkunft ausmachen.⁴ Im Reichstag waren im Mai 1914 von den 62 kommunistischen Abgeordneten sechs Juden, in späteren Jahren waren es jedoch nur ein bis drei, in der letzten Legislaturperiode gab es keinen jüdischen KPD-Abgeordneten. Im preußischen Landtag gab es mehrere Juden in der KPD-Fraktion, zuletzt jedoch ebenfalls keinen mehr.⁵

Es gab keine »jüdische Frage« innerhalb der KPD, wohl aber gab es eine »jüdische Frage« in Deutschland: nämlich das, trotz verfassungsmäßiger Gleichheit, ungelöste Problem der gleichberechtigten Teilhabe jüdischer Bürger am gesellschaftlichen Leben ohne Furcht vor Diskriminierung. Die deutschen Kommunisten mußten sich mit dem Antisemitismus als einer immer wichtigeren Frage auseinandersetzen.

Bereits der USPD-Parteitag 1919 hatte dazu aufgefordert, den Antisemitismus auf das Schärfste zu bekämpfen.⁶ Als im Oktober 1920 beträchtliche Teile der USPD-Mitgliedschaft zur KPD stießen, behielten sie diese Haltung prinzipiell bei, doch traten bald Probleme auf:

In der deutschen Staatskrise von 1923 nahm die KPD den virulenten Antisemitismus als eigenständige Größe innerhalb der deutschen Gesellschaft nur unzureichend wahr. Hingegen suchte sie sich als nationale Kraft im Widerstand gegen Frankreich zu präsentieren. So mahnte Paul Böttcher, keineswegs ein Ultraradikaler, auf dem EKKI-Plenum im Juni, angesichts der französischen Besetzung des Ruhrgebietes »keinen Nihilismus in der nationalen Frage« zuzulassen.⁷ Karl Radek pries den von französischen Truppen hingerichteten rechtsradikalen Untergrundkämpfer Leo Schlageter als »mutige(n) Soldat(en) der Konterrevolution«, der von den Soldaten der Revolution zu würdigen sei. Zwar habe er gegen die revolutionäre Arbeiterklasse gekämpft, doch sei er überzeugt gewesen, dem deutschen Volke zu dienen. Genau dies wolle auch die KPD.⁸

Daran anschließend öffnete *Die Rote Fahne*, das KPD-Organ, ihre Spalten für zwei Beiträge des völkischen Nationalisten Ernst Graf Reventlow, die auch als Broschüre erschienen – gemeinsam mit Radeks Rede sowie Aufsätzen des Kommunisten Paul Frölich und des neokonservativen Nationalisten Arthur Möller van den Bruck. Das Heft trug den Titel *Hakenkreuz oder Sowjetstern. Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung*.⁹ Dies leitete eine Reihe von Versammlungen ein, auf denen kommunistische und völkische Redner auftraten. Besonders tat sich der KPD-Reichstagsabgeordnete Hermann Remmele hervor, der sich nicht scheute, am 2. August 1923 auf einer Versammlung der NSDAP zu sprechen.¹⁰ Die KPD-Presse verwendete den Begriff des »Volkes« als Schlüsselkategorie, um die Zustände in Deutschland zu kennzeichnen beziehungsweise anzuprangern.¹¹

4 Hans-Helmuth Knütter: Die Juden und die deutsche Linke in der Weimarer Republik 1918-1931, Düsseldorf 1971, S. 203 f. Knütter vertrat damals, im Unterschied zu späteren Jahren, keine rechtsradikalen Auffassungen, neigte jedoch dazu, den Juden bestimmte Charakterzüge pauschal zuzuschreiben.

5 Vgl. Edmund Silberner: Kommunisten zur Judenfrage. Zur Geschichte von Theorie und Praxis des Kommunismus, Opladen 1983, S. 265.

6 USPD. Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in Leipzig vom 30. November bis 6. Dezember 1919, Berlin o. J., S. 539.

7 Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau, 12.-23. Juni 1923, Hamburg 1923, S. 134.

8 Ebenda, S. 240 f.

9 Hakenkreuz oder Sowjetstern? Deutschlands Weg – Deutschlands Rettung, Berlin 1923.

10 Vgl. ebenda sowie *Die Rote Fahne* vom 10. August 1923.

11 Zahlreiche Beispiele bei Thomas Khaury: Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR, Hamburg 2002, S. 266 f.

12 Zit. nach Hakenkreuz oder Sowjetstern?, S. 3.

13 Vgl. Louis Dupeux: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, Frankfurt a. M. 1985, S. 201 f.

14 Neue Zeitung, 23. Dezember 1922.

15 Beispiele bei Silberner: Kommunisten zur Judenfrage, S. 270 f.

16 Neue Zeitung, 24. November 1928.

17 Vorwärts, 22. August 1923. Hervorhebung im Text.

18 Ruth Fischer: Stalin und der deutsche Kommunismus. Der Übergang zur Konterrevolution, Frankfurt a. M. (1950), S. 349.

19 Die Rote Fahne, 29. Juli 1923.

Der *Völkischer Beobachter*, das Blatt der Nazis, warnte indes vor »diesen neuen Verführern«, die »unter der Maske des Vaterlandsfreundes die völkische Bewegung unter die nationalbolschewistische, jüdische Führung zu bringen« versuchten.¹² Der einzige Effekt der KPD-Propaganda war somit die Desorientierung der eigenen Genossen, während die nationalistische Rechte nur höhnisch oder ablehnend reagierte.¹³

Dabei wurde jedoch der Antisemitismus von der Partei weiterhin verurteilt. Dessen Stoßtrupps bestanden aus deklassierten Offizieren, Studenten, Sekundanern, Lockspitzeln und sonstigem Gesindel, schrieb die *Neue Zeitung*, das Münchner KPD-Blatt. Die Finanzierung der antisemitischen Hetze besorgten größtenteils das industrielle und agrarische Großkapital, das in ihm einen Schutz gegen die soziale Revolution sehe.¹⁴ In anderen KPD-Regionalzeitungen finden sich jedoch antijüdische Stereotype.¹⁵ In München selbst »schlugen die Wogen der kommenden Hitlerbewegung auch bis in die Reihen der Kommunistischen Jugend«, vermeldete die *Neue Zeitung* in einem kritischen Rückblick. Doch sei diese Tendenz überwunden worden.¹⁶

Im Sommer 1923 konnte von einer Überwindung der Probleme jedoch keineswegs die Rede sei. Ruth Fischer, die Wortführerin der selbst ernannten Parteilinken, machte auf ihrem Weg an die Spitze der KPD vor populistischer Stimmungsmache nicht Halt, in der sie ungeniert antisemitische Klischees einsetzte. In einer Rede, der kommunistische wie völkische Studenten zuhörten, stellte sie am 25. Juli 1923 die demagogische Frage: »Sie rufen auf gegen das Judenkapital, meine Herren?« Ihre Antwort lautete: »Wer gegen das Judenkapital aufruft, meine Herren, ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Sie sind gegen das Judenkapital und wollen die Börsenjobber niederkämpfen. Recht so. *Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie.* Aber, meine Herren, wie stehen sie zu den Großkapitalisten, den Stinnes, Klöckner...?« Die SPD-Zeitung *Vorwärts* zitierte diese Rede der jüdischen Politikerin unter dem Titel »Ruth Fischer als Antisemitin«.¹⁷ Die *Rote Fahne* brachte keinen Bericht, aber auch kein Dementi.

Der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler, von seinen innerparteilichen Gegnern als Rechter bezeichnet, suchte dieser bedrohlichen Entwicklung entgegen zu wirken. Jahrzehnte später fand die (zeitweilig) zum radikalen Antikommunismus konvertierte Ruth Fischer dafür die Formulierung, Brandler habe sich »auf das Schreiben aggressiver Artikel gegen die Faschisten« verlegt und entsprechende Anweisungen an die Redakteure der KPD-Zeitungen erlassen.¹⁸

Wie unkontrolliert die Emotionen im turbulenten Sommer 1923 waren, zeigte auch ein Bericht der *Roten Fahne* aus Budapest, der die restaurativen Bestrebungen der Habsburger in Ungarn und ihr behauptetes Zusammenspiel mit dem »Reichsverweser« unter den Titel stellte: »Auch Horthy gegen rechts und links. Für das jüdische Kapital und Kaiserhaus«.¹⁹

Trat der Antisemitismus in den zahlreichen Fraktionskämpfen der in sich so gespaltenen KPD auf? Ende März 1924 warnte Klara Zetkin genau davor. Aus Moskau schrieb sie an den IX. Parteitag der KPD: »Die ›linke‹ Parteimehrheit vereinigt brüderlich reichlichst

KAPisten,²⁰ Syndikalisten, Antiparlamentarier, bei Lichte besehen – horrible dictu – sogar Reformisten und neuerdings – faschistische Antisemiten.«²¹ Ein nicht namentlich genannter Anhänger Brandlers erklärte auf dem Parteitag: »Wir haben vereinzelt antisemitische Unterströmungen in der Partei.«²² Wie recht er hatte, zeigt ein weiterer Vorfall: In der *Roten Aufbau* wurde der Berliner (jüdische) Polizeivizepräsident Bernhard Weiß, ein Sozialdemokrat, mit dem angeblich jüdisch klingenden Vornamen Isidor belegt.²³ Die Nazis und insbesondere Josef Goebbels bedienten sich genau dieser Idee und suchten Weiß mit diesem Namen lächerlich zu machen, wogegen er sich mit Beleidigungsklagen zur Wehr setzte.²⁴

Noch während der bayerischen Landtagswahlen im April 1924 wurde diese fragwürdige Taktik der zur Parteichefin aufgestiegenen Ruth Fischer angewandt: So beschlagnahmte die Nürnberger Polizei, einem Bericht der örtlichen Polizeidirektion zufolge, in einem kommunistischen Büro nicht weniger als 70 Flugblätter mit der Aufschrift »Nieder mit der Judenrepublik«. Die KPD verfolgte sogar die abenteuerliche Taktik, die völkische Bewegung durch Eintritte zu unterwandern.²⁵ Doch schlug dies ebenso fehl, wie alle vorherigen Versuche der Anbiederung.

Mit dem Niedergang der von Ruth Fischer angeführten Parteirichtung traten ab 1925 die antisemitischen Stimmen innerhalb der Parteipresse zurück, ohne ganz zu verstummen. Klara Zetkins Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht. Denn anders als in der Sowjetunion, wurde der Antisemitismus innerhalb der KPD kein Mittel in Fraktionskämpfen. Die Probleme waren damit keineswegs gelöst.

II.

Die Weltwirtschaftskrise ließ nicht nur die Weimarer Republik ökonomisch und politisch auseinanderfallen. Sie sorgte auch für eine Diskreditierung der wenigen Ideen, für die diese Republik stand. Dies waren der Demokratie-Gedanke und das Prinzip der Rechtsgleichheit aller Menschen. Hierzu gehörte die bürgerliche Emanzipation der Juden. Die jüdische Präsenz in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens, so relativ unbedeutend diese für das Leben der Republik war, wurde ins Maßlose überhöht und als Gefahr für den Bestand des »Deutschtums« gebrandmarkt.

Mehr als in der kurzen Stabilisierungsphase der vergangenen Jahre galt kritischer Journalismus als »jüdischer Journalismus«, Kritik der rechtslastigen Justiz als »jüdisch zersetzend«, die Selbstbehauptung jüdischer Akademiker und sogar Gymnasiasten als »Überfremdung« des Bildungs- und Hochschulwesens durch Juden. Jüdische Viehhändler wurden zum Sinnbild einer Beherrschung der deutschen Bauern durch »jüdisches Wuchertum«. Vor allem aber wurde sowohl von den Nazis als auch von den mit ihnen konkurrierenden völkischen wie monarchistischen Nationalisten der angeblich jüdische Marxismus als Todfeind deutscher Existenz ausgemacht. Dies richtete sich gegen die SPD, in noch viel stärkerem Maße aber gegen die KPD, die zudem als ausländische Partei, als von Moskau gesteuerter Fremdkörper im deutschen »Volksganzen«, galt.

Die nun von Ernst Thälmann geführte KPD wandte den Vorwurf der Fremdpartei ins Positive. Sie stehe für ein Deutschland nach so-

20 Anhänger der mit der KPD zeitweilig rivalisierenden Kommunistischen Arbeiterpartei.

21 Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD (7.-10. April 1924), Berlin 1924, S. 93.

22 Ebenda, S. 289.

23 Die Rote Fahne, 5. Juli 1923.

24 Vgl. Dietz Bering: Von der Notwendigkeit politischer Beleidigungsprozesse. Der Beginn der Auseinandersetzungen zwischen Polizeivizepräsident Bernhard Weiß und der NSDAP; in: Walter Grab, Julius H. Schoeps (Hg.): Juden in der Weimarer Republik, Stuttgart/Bonn 1986, S. 305-329.

25 Nachweise bei Knütter: Die Juden und die deutsche Linke, S. 186.

wjetischem Muster, betonte Thälmann ein um das andere Mal. Hingegen verhielt sich die Partei auffallend defensiv gegenüber der Behauptung, sie sei jüdisch durchsetzt und ihr Marxismus ein von Hebräern ausgeklügeltes Instrument zur Zersetzung der germanischen Rasse.

Dies war zunächst ein Zeichen der Ignoranz gegenüber den vielschichtigen Dimensionen des Judenhasses. Am weitesten entfernt schien die Auseinandersetzung zwischen Juden und Arabern in Palästina. Der erste arabisch-jüdische Bürgerkrieg in Palästina, der im August 1929 Hunderte von Menschenleben auf beiden Seiten kostete, war für die KPD-Führung der einzige Anlaß, zum politischen Zionismus und den damit verknüpften Fragen im Nahen Osten Stellung zu nehmen.²⁶

Am 24. und 25. Oktober 1929, zwei Monate nach dem nationalistischen Aufstand der Araber, der zu Pogromen gegen Juden in Palästina geführt hatte, behandelte das Zentralkomitee der KPD die Ereignisse. Im Referat zu diesem Tagesordnungspunkt gab Hermann Remmele zu, daß »innerhalb der Partei ... wenig Kenntnis (vorhanden sei), welche Rolle dort die Komintern, die revolutionäre Bewegung des Kommunismus spielt.«²⁷

»Unsere Partei«, erklärte Remmele, »hat in Palästina 160 Mitglieder, davon 30 Araber, die anderen 130 Zionisten. Es ist ganz klar, daß diese Partei nicht eine solche Einstellung haben kann, wie sie dem Gesetz der Revolution entspricht. Gerade das unterdrückte Volk, jene Schicht des Volkes, die das revolutionäre Element, den Verhältnissen entsprechend, überhaupt ausmachen kann, sind nur die Araber.« Ganz abgesehen von der pauschalen Kategorisierung von »Juden« und »Arabern« ohne Verweis auf die Klassenlage, bestürzt an Remmeles Referat vor allem die Unterstellung, die jüdischen Parteimitglieder seien Zionisten. Auch ohne Kenntnis der inneren Lage der illegal arbeitenden KP Palästinas hätte für Remmele ein Blick in die weltweit vertriebene *Inprekorr* genügt, um zu sehen, daß gerade die jüdischen Kommunisten inner- wie außerhalb Palästinas die entschiedensten Gegner des Zionismus waren. Die Uninformiertheit, aber wohl auch Desinteresse und mangelnde Sensibilität der ZK-Mitglieder an dieser für die internationale Politik wahrlich nicht peripheren Problematik zeigte sich darin, daß niemand diesen falschen Aussagen widersprach. »Aus Zeitgründen« fand keine Diskussion darüber statt.²⁸

Die Palästina-Berichte der *Roten Fahne* waren entsprechend einseitig.²⁹ Die *Arbeiter-Illustrierte Zeitung* vermerkte jedoch an einer Stelle kritisch, daß die »arabische Bourgeoisie« (gemeint waren die feudalen Führungskräfte) objektiv den Interessen der britischen Mandatsmacht, nicht denen der sozialen Revolution folgten.³⁰ Eine solche Äußerung blieb in der Partei jedoch die Ausnahme.

Statt dessen gab die von der KPD dominierte Antiimperialistische Liga die Broschüre *Tag des Fellachen* von »L. Haddad« heraus, in der die tragischen Zusammenstöße in Palästina zu einem nationalen Befreiungskampf der palästinensischen Araber und zum Vorboten der sozialen Revolution im Nahen Osten umgedeutet wurden.³¹ Hinter diesem Pseudonym verbarg sich kein anderer als der damalige zweite Sekretär der KP Palästinas, Joseph Berger, 1931 zweiter Se-

26 Vgl. Mario Keßler: Der erste Bürgerkrieg in Palästina: Der arabisch-jüdische Konflikt 1929, in: Sozialismus, 31, 2004, Nr. 7-8, S. 58-62; Wiederabdruck in: Mario Keßler: Ein Funken Hoffnung. Verwicklungen: Antisemitismus, Nahost, Stalinismus, Hamburg 2004, S. 64-74.

27 SAPMO-BArch, RY I/2 1/74: Sitzung des ZK der KPD, 24./25. Oktober 1929. Hiernach auch die folgenden Zitate.

28 Für die Debatten im internationalen Kommunismus wie in der Sozialdemokratie zu den Augustereignissen von 1929 in Palästina vgl. Mario Keßler: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897-1933, Berlin 1994, S. 147 ff.

29 Vgl. Die Rote Fahne, 27. und 30. August, 1., 3. bis 7. September 1929.

30 Arbeiter-Illustrierte Zeitung, Nr. 39/1929, S. 4 f.

31 L. Haddad: Tag des Fellachen, Berlin 1930.

kretär der Antiimperialistischen Liga, der seine Treue zum Kommunismus später mit jahrelanger Lagerhaft und Verbannung in der stalinistischen Sowjetunion bezahlte.³²

Remmeles Publikation erinnerte mit dem Titel *Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalistenherrschaft* an die problematische Vorläufer-Broschüre des Jahres 1923. Ihr Verfasser glaubte, der zweite Teil des Nazi-Schlachtrufes »Deutschland erwache! Juda verrecke!« werde zunehmend verschwinden. Dies komme nicht von ungefähr. Der Berliner NSDAP-Gauleiter Josef Goebbels habe einen entsprechenden Parteibefehl erlassen. Dies sei im Zusammenhang mit Spenden jüdischer Großkapitalisten an die Nazipartei zu sehen. Im Gegenzug seien Nazis als Streikbrecher in bestreikten Betrieben erschienen, die den jüdischen Spendern gehörten. So werde eine Gesinnung, für die man verspreche, sein Leben zu lassen, gegen klingende Münze verkauft. Das sei Nationalsozialismus.³³

Doch auch die näher liegende deutsche Problematik wurde von den Politikern der KPD nur unzureichend erfaßt. Wie die anderen deutschen Parteien, unterschätzte die KPD die tödliche Destruktivität des Hitlerschen Judenhasses. Dies zeigte sich in einer gegen den Antisemitismus gerichteten Broschüre Hermann Remmeles aus dem Jahre 1930 sehr deutlich.

Dafür gab es tatsächlich einzelne Beispiele – es waren Beispiele von selbstmörderischer Blindheit, die in der KPD-Presse aufgelistet, aber auch verallgemeinert wurden.³⁴ In einem Fall wurde der nicht-jüdisch klingende Name eines Bankiers »demaskiert« und auf seinen jüdischen Ursprung zurückgeführt: »Großbankier Solmsson (Salomonsson)«, hieß es im entsprechenden Artikel der *Roten Fahne*.³⁵ Ein so klarsichtiger Mann wie Hermann Duncker meinte zu wissen: »Die Kapitalistenklasse opfert zu ihrer Selbsterhaltung schließlich auch einige jüdische Mitläufer und Kleinverdiener – die jüdischen Großverdiener finanzieren, wenn nötig, selbst den Hitlerfaschismus –, um als faschistische ›Schutzjuden‹ ihr Kompaniegeschäft mit dem christlichen Kapital ungestört weitertreiben zu können.«³⁶

Ein Argument der KPD-Presse lautete, daß der Judenhaß nur ein nazistisches Ablenkungsmanöver wäre. Hitlers Antisemitismus sei nicht genuin, sondern lediglich ein Schwindel. Goebbels habe den Nazi-Schlachtruf »Juda verrecke!« parteiintern verboten, um jüdische Gönner der NSDAP nicht abzuschrecken, behauptete *Die Rote Fahne* im November 1929.³⁷ Jüdische Bankiers seien ebenso wie »arische« Unternehmer Nutznießer des Hitlerfaschismus, denn Kapital bleibe Kapital, hieß es auch im *Roten Aufbau*, einer KPD-Zeitschrift.³⁸ Dort stellte der Schriftsteller Kurt Kersten, ein ansonsten eher kritischer und reflektierender Geist, die ironisch gemeinte Frage, ob Hitler an der Macht etwa Gottfried Feder und Alfred Rosenberg, zwei Exponenten der Judenhetze, aus Deutschland ausweisen werde. Zu den Geldgebern der Nazis würde »eine große Zahl jüdischer Kapitalisten« gehören, hielt Kersten fest.³⁹

Solche Äußerungen entsprangen nicht zuletzt der Tatsache, daß die Mehrzahl der deutschen Juden entweder dem Großbürgertum oder dem Mittelstand, oft der Intelligenz angehörte. Jüdische Prole-

32 Vgl. seine bewegende Autobiographie: Joseph Berger: *Shipwreck of a Generation*, London 1971.

33 Vgl. Hermann Remmele: *Sowjetstern oder Hakenkreuz. Die Rettung Deutschlands aus der Youngsklaverei und Kapitalistenherrschaft*, Berlin (1930), S. 14.

34 Vgl. *Die Rote Fahne* vom 3. September 1929, 17. Oktober und 15. November 1931 (Beilage), 9. und 29. April, 7. September 1932.

35 Ebenda, 18. Dezember 1930.

36 Hermann Duncker: Rezension von: W. I. Lenin, *Über die Judenfrage*, in: *Inprekorr*, 10. Mai 1932, S. 1184.

37 *Die Rote Fahne* vom 17. November 1929.

38 *Der Rote Aufbau*, 1931, Nr. 3, S. 158.

39 Kurt Kersten: *Wird Hitler Feder und Rosenberg ausweisen lassen?*, in: Ebenda, 5, 1932, Nr. 1, S. 13 f.

40 Zur sozialen Gliederung der Juden in Deutschland vgl. Avraham Barkai: Die Juden als sozio-ökonomische Minderheitsgruppe in der Weimarer Republik, in: Grab, Schoeps (Hg.): Die Juden in der Weimarer Republik, S. 330-346.

41 Vgl. Die Rote Fahne vom 3. Januar 1931.

42 Vgl. die Rezensionen in Inprekorr, 27. November 1931, S. 2252 (Paul Held); Zeitschrift für Sozialforschung, 1, 1931, Nr. 6, S. 438 (Erich Fromm); Die Gesellschaft, 9, 1932, Nr. 11, S. 461 f. (Otto Maenchen-Helfen); Der Morgen, 8, 1932, Nr. 2, S. 64-72 (Eva Reichmann-Jungmann). Vgl. insbesondere Eli Strauss: Geht das Judentum unter? Eine Erwiderung auf Otto Hellers »Untergang des Judentums«, Wien 1933, S. 11 f.

43 Otto Heller: Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus, 2. Aufl., Wien/Berlin 1933, S. 24.

44 Ebenda, S. 152.

45 Vgl. ebenda, S. 77.

46 Vgl. ebenda, S. 85, 204, 208, 219.

47 Vgl. ebenda, S. 155 ff., 173.

48 Otto Heller: Kommunismus und Judenfrage, in: Klärung. 12 Autoren und Politiker über die Judenfrage, Berlin 1932, S. 91. Der Band enthielt einen ähnlich gelagerten Beitrag des 1931 der KPD beigetretenen Schriftstellers Alfred Kantorowicz und die Erfolge der Emanzipation der Juden in der UdSSR herausstrich.

tarier, die es gleichfalls gab – hier sind besonders die ostjüdischen Bergarbeiter zu nennen, die ab 1918 ins Ruhrgebiet zogen –, kamen in der Sichtweise der KPD kaum vor, obgleich sich diese doch als Arbeiterpartei verstand und es auch war.⁴⁰ Natürlich erklärte die KPD, jüdische Werktätige seien als Bundesgenossen willkommen. Nur reiche Juden würden, ebenso wie nichtjüdische Kapitalisten, als Feinde der arbeitenden Menschen angesehen.⁴¹

Dieser Gedanke durchzog wie ein roter Faden auch Otto Hellers Buch *Der Untergang des Judentums. Die Judenfrage/Ihre Kritik/Ihre Lösung durch den Sozialismus*. Die Untersuchung des in Österreich geborenen Journalisten erschien 1931 in erster, zu Jahresbeginn 1933 in zweiter Auflage und wurde ins Französische sowie ins Polnische übersetzt. Ohne das Werk *Rasse und Judentum* des als »Renegaten« verfeimten Karl Kautsky zu zitieren, übernahm Heller wesentliche Punkte der 1914 erschienenen Abhandlung Kautskys. Hellers Buch galt als die wichtigste und offiziöse Stellungnahme der KPD zum Thema.

Die Juden, so Heller, seien seit Beginn ihrer Geschichte vorwiegend ein Handelsvolk gewesen (was einige Rezensenten, darunter Erich Fromm und sogar der KPD-Autor Paul Held, zu Recht bezweifelten).⁴² Die einheitliche ökonomische Grundlage jüdischer Existenz bilde die Erklärung für die Erhaltung des Judentums durch die Jahrtausende. Aus einer Nation seien sie zu einer nicht vollständig assimilierbaren »internationalen Kaste« geworden.⁴³ Daraus, so Heller weiter, resultierten die gesellschaftlichen Konflikte zwischen Juden und Nichtjuden. Die bürgerliche Emanzipation nach 1789 habe indes die Sonderstellung der Juden aufgehoben und damit auch den letzten Rest des »Privilegs« zerstört, das in seinem geistigen Ausdruck, seiner religiösen Form, seiner Betonung der »Auserwähltheit« für Schmerz und Märtyrertum, für blutige Opfer und Furcht wenigstens seelisches Gleichgewicht zu den ständigen Verfolgungen geboten habe.⁴⁴ Der moderne Kapitalismus habe das Schicksal des Judentums besiegelt. Die Auflösung der Juden als Kaste bedeute den Untergang des Judentums, wie Heller ohne eine Spur von Bedauern festhielt.⁴⁵

Die bürgerliche Emanzipation der Juden in West- und Mitteleuropa habe die Reste ihrer Nationalität vollkommen vernichtet, schrieb Heller. Im Osten seien die Juden aber noch Träger einer Nationalität. In der Sowjetunion seien sie eine anerkannte nationale Gruppe. Ihre kastenmäßige Absonderung und ihr Elend würden in der Sowjetunion durch Kolonisierung und Landsiedlung sowie durch den Zuzug von Juden aus dem früheren *Schedl* in die neuen industriellen Ballungszentren aufgehoben. Damit hätten die Juden die Möglichkeit, ihre Kultur, sozialistisch ihrem Inhalt, national ihrer Form nach, zu neuer Blüte zu bringen.⁴⁶

Der Zionismus könne hingegen nur unter dem Schirm britischer Bajonette und als Unterdrückungsinstrument der Araber in Palästina gedeihen. Sein Scheitern sei damit letztlich vorgezeichnet.⁴⁷ Am Vorabend von Hitlers Machtübernahme schrieb Heller: »Eine wirkliche Judenfrage besteht heute nur in Ost- und Südeuropa, in den Gebieten rückständiger gesellschaftlicher Entwicklung.«⁴⁸ Wenig später mußte Heller aus Deutschland flüchten. Noch im März 1945 wurde

der jüdische Kommunist ein Opfer der Nazibarbarei. Hellers Freund Bruno Frei schrieb über diese Zeilen: »Selten ist eine historische Fehleinschätzung so tragisch widerlegt worden.«⁴⁹

Die Wandlung der KPD von einer utopisch-revolutionär orientierten Partei hin zur stalinistisch geprägten Kaderorganisation kann aber keineswegs mit einem Anwachsen antijüdischer Ressentiments erklärt werden. Im Gegenteil: Manche abenteuerlichen Entgleisungen, wie sie Ruth Fischer nicht fremd waren, kamen bei Thälmann und seiner Umgebung nicht vor. Somit ist der Rückgang des Einflusses radikaler Intellektueller und der Anstieg des Einflusses proletarisch geprägter Führungskader (im Sinne der »Partei neuen Typus«) nicht unmittelbar mit dem Anwachsen oder Abflauen anti-jüdischer Vorurteile verbunden.

III.

Am Vorabend der Naziherrschaft erschien ein weiteres Dokument der KPD zum Antisemitismus. Ein anonym, aber durch das Zentralkomitee der KPD gebilligter Aufsatz wies in einem *Diskussionsbuch über die Judenfrage* prononcierter, als Heller es getan hatte, auf die sozialen Ursachen für die Erfolge der faschistischen Demagogie hin. Die enorme Gefahr der massenhaften Anfälligkeit des deklassierten Kleinbürgertums und Lumpenproletariats für die antisemitische Agitation der Hitlerfaschisten wurde klar benannt; sie war auch nicht mehr zu übersehen. Dieses Dokument leugnete nicht die Tatsache einer jüdischen Frage – genauer: der existenziellen Gefahr für die Juden – in Deutschland. Diese jüdische Frage trage eindeutig sozialen, nicht nationalen Charakter. Am Vorabend des Faschismus gab die KPD somit auch jede Anfälligkeit gegenüber Anschauungen auf, die »das Volk« als eine Kategorie der Gesellschaftsanalyse sahen und noch 1930 Eingang in eine entsprechende Programm-erklärung gefunden hatten.⁵⁰ Die Auswanderung der Juden aus Europa, damit die Akzeptanz des Zionismus sei indes eine falsche Antwort. Der Zionismus sei eine den Interessen der Juden zuwiderlaufende, reaktionäre, ausschließlich imperialistische Bewegung. Er diene den Interessen der jüdischen, in Palästina auch der englischen Bourgeoisie.⁵¹

Der Antisemitismus sei, und damit faßte das KPD-Dokument die Auffassung der Partei zusammen, wie sie sich seit 1919 herausgebildet hatte, ein Manöver der herrschenden Klasse, die durch Phrasen wie die »Sünde wider das Blut« die Aufmerksamkeit des untergehenden Kleinbürgertums von den wahren Ursachen seiner Misere ablenke und seinen Anschluß an die Arbeiterklasse zu verhindern suche. Zugleich aber diene der Rassenhaß imperialistischen Zwecken. Die Überzeugung, der Jude sei an allem Übel in Deutschland schuld, solle einer anderen Überzeugung den Weg bereiten: der Idee, daß ohne den Juden niemand Deutschland hindern könne, die Ergebnisse des Weltkrieges ungeschehen zu machen und sich zur Herrschaft über die Welt aufzuschwingen.

Dieses Dokument brachte Stärken wie Schwächen der KPD-Position gegenüber dem Antisemitismus zum Ausdruck. Die neue Qualität des nazistischen Judenhasses wurde unterschätzt – aber keineswegs nur von den Kommunisten. Dieser Judenhaß wurde lediglich

49 Bruno Frei: Marxist Interpretations of the Jewish Question, in: Wiener Library Bulletin, Nr. 35-36/1975, S. 4.

50 Vgl. die »Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes« vom 24. August 1930, abgedruckt u.a. in: Lothar Berthold, Ernst Diehl (Hg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme. Vom Kommunistischen Manifest zum Programm des Sozialismus, Berlin (DDR) 1964, S. 119-128. Das problematische Dokument, das z.T. Anlehnungen an nationalistisches Vokabular aufwies, wurde in der offiziellen Geschichtsschreibung der DDR uneingeschränkt positiv beurteilt.

51 Kommunismus und Judenfrage, in: Der Jud' ist schuld? Diskussionsbuch über die Judenfrage, Basel etc. 1932, S. 272-286. Hier- nach auch das Folgende.

52 Vgl. Albert Schreiner: Faschistische Parolen und Schlagworte, in: Gegen den Strom, Nr. 3-8, 18. Januar-22. Februar 1930. Für Trotzki vgl. die Zusammenstellung seiner Äußerungen in: Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, hg. von Helmut Dahmer, eingeleitet von Ernest Mandel, Frankfurt a. M. 1971.

als taktisches Manöver, bestenfalls als Ausdruck von Klasseninteressen begriffen, die indes jüdische Kapitalisten durchaus integrieren könnten. Dies stand in scharfem Gegensatz zu den hellsichtigen Urteilen, wie sie Trotzki, aber auch, namens der Kommunistischen Partei-Opposition, Albert Schreiner formulierten. Letzterer tat dies lange bevor die Nazis ihren politischen Durchbruch in den Septemberwahlen von 1930 schafften!⁵² Trotzki und Schreiner begriffen den Antisemitismus als *ultima ratio* der Ideologie und der praktischen Politik Hitlers und seiner Komplizen. Die KPD bekämpfte ihre hellsichtigen Kritiker publizistisch vielleicht noch schärfer, als sie mit den Nazis ins Gericht ging und entwaffnete sich, ganz gegen ihren Willen, damit selbst – sehr zu ihrem Schaden, zum Schaden der ganzen zivilisierten Welt. Recht behielt die KPD allerdings mit der Ansicht, daß der Antisemitismus Teil eines Programmes sei, bei dessen Verwirklichung die der Aufklärung entstammende Zivilisation preisgegeben werden sollte. Die völlige Vernichtung der kommunistischen wie der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, der bürgerlichen wie der sozialistischen Opposition gegen den Nazismus war die Voraussetzung, um die totale Ausrottung der Juden und anderer, als minderwertig angesehener Menschen in die Wege zu leiten.